



Satzung

der Siedlergemeinschaft Schwarzenfeld e. V. im Verband Wohneigentum

§ 1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen Siedlergemeinschaft Schwarzenfeld e.V.
Die Gemeinschaft hat ihren Sitz in Schwarzenfeld (Wohnsitz 1. Vorstand)

Die Siedlergemeinschaft ist in das Vereinsregister eingetragen.

Die Gemeinschaft ist unter Beibehaltung ihrer rechtlichen und organisatorischen Selbständigkeit eine Gliederung des Verbandes Wohneigentum – Landesverbandes Bayern e.V.

Sie ist, zusammen mit anderen oberpfälzer Siedlergemeinschaften, organisiert im Verband Wohneigentum, Bezirksverband Oberpfalz e.V.

§ 2 Gemeinnützigkeit

1. Die Siedlergemeinschaft Schwarzenfeld verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Die Gemeinschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel der Gemeinschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Gemeinschaft.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gemeinschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Vergütungen für die Vereinstätigkeit

1. Die Vereinsämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt.
2. Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 26a EStG ausgeübt werden.
3. Die Entscheidung über eine entgeltliche Vereinstätigkeit nach Abs. (2) trifft die Vorstandschaft.

4. Die Mitgliederversammlung ist ermächtigt, Tätigkeiten für den Verein gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung oder Aufwandsentschädigung zu beauftragen. Maßgebend ist die Haushaltslage des Vereins.
5. Im Übrigen haben die Mitglieder und Mitarbeiter des Vereins einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verein entstanden sind. Hierzu gehören insbesondere Fahrtkosten, Reisekosten, Porto, Telefon usw.
6. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendungen mit Belegen und Aufstellungen, die prüffähig sein müssen, nachgewiesen werden.
7. Von der Mitgliederversammlung können per Beschluss im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten Grenzen über die Höhe des Aufwendungsersatzes nach § 670 BGB festgesetzt werden.
8. Weitere Einzelheiten regelt die Finanzordnung des Vereins, die von der Mitgliederversammlung erlassen und geändert wird.

§ 4

Zwecke und deren Verwirklichung

Die Siedlergemeinschaft Schwarzenfeld dient dem Gemeinwohl, indem sie sich in jeder Zweck dienlichen Weise für die Förderung und Erhaltung des Familienheimes/Eigenheimes einsetzt. Ihre Tätigkeit ist darauf gerichtet, die Allgemeinheit auf diesem Gebiet selbstlos zu fördern. Das Ziel aller Betätigungen ist die Förderung der Familie durch Unterstützung bei der Schaffung eines familiengerechten und gesunden Lebensraumes für jedermann.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- a) die Hebung des Gemeinschaftssinnes und Gedankens der Selbsthilfe, indem eine gute Nachbarschaft gepflegt und aktive Nachbarschaftshilfe geleistet wird.
- b) die Erziehung der Jugend zur Naturverbundenheit im Sinne des Siedlungsgedankens, sowie mit dem steten Kontakt mit der eigenen Jugendgruppe. Diese ist jedoch eine selbständige Organisation, deren Richtlinien in der Jugendordnung der Bayerischen Siedlerjugend verankert sind. Ebenso legen die Jugendlichen ihre leitenden Organe durch demokratische Wahl fest. Die Kassenführung über den eigenen Etat erfolgt durch die Jugendlichen selbst.
- c) das Hinwirken auf die öffentliche Bereitstellung von Bauland für Familienheime
- d) eine auf das Wohneigentum und den Garten bezogene Beratung der Eigenheimbesitzer
- e) die fachliche Beratung der Eigenheimbesitzer bei der Anlage und Pflege von Gärten im Sinne einer ökologischen Landschaftspflege unter Beachtung des Natur- und Umweltschutzes

§ 5

Mitgliedschaft

Ordentliches Mitglied im Verein kann jede natürliche Person werden.

Die Mitgliedschaft im Verein beginnt grundsätzlich mit der Abgabe eines schriftlichen Aufnahmeantrag und der Annahme dieses Antrages durch den Vorstand. Dieser Aufnahmeantrag ist umgehend dem Bezirksverband gemäß den, in der Bezirkssatzung vorgegebenen Meldefristen, zu übersenden.

Gem. Teil 1 der Satzung des Verbandes Wohneigentum – Landesverband Bayern e.V. , ist mit der Mitgliedschaft in der Siedlergemeinschaft zugleich die Mitgliedschaft im Landesverband Bayern e.V. begründet („Doppelte Mitgliedschaft“).

Wird der Aufnahmeantrag eines Bewerbers von der Vorstandschaft abgelehnt, so steht dem Bewerber kein Beschwerderecht zu. Er ist jedoch auf die Möglichkeit der Einzelmitgliedschaft im Verband Wohneigentum, Bezirksverband Oberpfalz e.V., hinzuweisen.

1. Alle Mitglieder sind berechtigt, an der Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung teilzunehmen und die Einrichtungen der Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen.
2. Das Stimmrecht kann nur vom Mitglied selbst ausgeübt werden.

§ 6

Fördernde Mitgliedschaft

Juristische und natürliche Personen, sowie Altmitglieder (ehemalige ordentliche Mitglieder, die auf Grund der Hausübergabe einen verminderten Beitrag bezahlen), können die fördernde Mitgliedschaft beim Verein erwerben. Mit der fördernden Mitgliedschaft ist kein Stimmrecht verbunden.

Fördernde Mitglieder können aber viele Vergünstigungen wie ordentliche Mitglieder, z. B. Benutzung von Gemeinschaftsgeräten, in Anspruch nehmen.

§ 7

Austritt, Tod, Ausschluss

1. Austritt:

Der Austritt eines Mitgliedes kann nur, unter Einhaltung einer vierteljährigen Frist, zum Ende eines Kalenderjahres erfolgen und ist dem Vorstand schriftlich zu erklären.

2. Endet die Mitgliedschaft mit dem Tod eines Mitgliedes, so werden dem Ehegatten oder Lebensgefährten, sofern er die Mitgliedschaft erwirbt, als Rechtsnachfolger die Zahl der Mitgliedsjahre des Rechtsvorgängers angerechnet (zum Beispiel bei Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft).

3. Ausschluss:

Der Ausschluss eines Mitgliedes kann durch den Vorstand ausgesprochen werden, wenn das Mitglied

- a) seinen satzungsgemäßen Verpflichtungen nicht nachkommt, insbesondere mit dem Beitrag mit mehr als 2 Monaten im Rückstand ist
- b) die Interessen der Vereinigung und das Zusammengehörigkeitsgefühl in derselben trotz Mahnung schädigt oder gefährdet

c) ehrlose Handlungen begeht

Mit dem Zeitpunkt der Zustellung des Ausschlussbeschlusses verliert der Ausgeschlossene sämtliche Mitgliedsrechte.

Dem ausscheidenden Mitglied stehen Ansprüche an das Vereinsvermögen nicht zu.

§ 8

Organe der Gemeinschaft sind

- die Vorstandschaft
- der Vereinsausschuss
- die Mitgliederversammlung

§ 9

Vorstandschaft

Die Vorstandschaft wird alle vier Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt. Sie besteht aus dem 1. und 2. Vorsitzenden, dem Kassier und dem Schriftführer. Sie bleibt bis zur Neuwahl einer Vorstandschaft im Amt und hat eine geordnete Übergabe der Amtsgeschäfte zu machen.

Vorstand im Sinne des § 26 BGB ist nur der 1. Vorsitzende und der 2. Vorsitzende. Beide sind alleinvertretungsberechtigt.

Der 2. Vorsitzende kann jedoch im Innenverhältnis von seiner Vertretungsbefugnis nur Gebrauch machen, wenn der 1. Vorsitzende verhindert ist.

Für Kassengeschäfte haben der Kassier und der 1. Vorsitzende Einzelvertretungsvollmacht.

Scheidet ein Vorstandsmitglied - gleich aus welchem Grunde - aus, so übernehmen die verbleibenden Vorstandsmitglieder die Aufgaben des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes bis zur nächsten Mitgliederversammlung.

Die Beschlüsse der Vorstandschaft werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.

§10

Vereinsausschuss

Die Ausschussmitglieder werden durch die Mitgliederversammlung gewählt. Für jeweils 100 Mitglieder ist ein Ausschussmitglied zu wählen.

Die Einberufung des Ausschusses erfolgt durch den Vorstand.

Der Ausschuss hat, neben seiner beratenden und beschließenden Funktion, den Vorstand in den anstehenden Gemeinschaftsaufgaben zu unterstützen.

Weiter können Gerätewart, Jugend-, Senioren- oder Frauenbeauftragte dem Ausschuss zugeordnet werden.

Der Vereinsausschuss wird ermächtigt, Satzungsänderungen vorzunehmen, um sie den Vorgaben des Bezirks- bzw. Landesverbandes anzupassen und um eine Eintragung ins Vereinsregister zu ermöglichen.

§ 11 Mitgliederversammlung

Der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung unterliegen:

1. alle Angelegenheiten, die die Satzung betreffen
2. die Wahl und Abberufung der Vorstandschaft und der Revisoren
3. die Festsetzung des Mitgliedsbeitrages und die Form der Erhebung
4. die Entgegennahme des jährlichen Rechenschaftsberichtes der Vorstandschaft und des Kassenberichts sowie die Entlastung der Vorstandschaft
5. Wahl des Vereinsausschusses (z.B. pro 100 Mitglieder 1 Ausschussmitglied)
6. die Auflösung der Gemeinschaft, sowie alle Angelegenheiten, in denen die Vorstandschaft die Entscheidung der Mitgliederversammlung einfordert

Die Mitgliederversammlung ist von der Vorstandschaft jährlich einmal, nach Ablauf des Kalenderjahres, im I. Quartal des neuen Vereinsjahres und nach Bedarf, oder wenn ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich fordert, einzuberufen.

Die Einberufung hat schriftlich, unter Bezeichnung der Tagesordnungspunkte, mit einer Frist von mindestens zehn Tagen zu erfolgen.

Anträge der Mitglieder zur Tagesordnung müssen mindestens sieben Tage vor Abhaltung der Mitgliederversammlung dem Vorstand schriftlich eingereicht werden. Nicht rechtzeitig eingegangene Anträge können nur behandelt werden, wenn die Dringlichkeit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder anerkannt wird.

Anträge auf Satzungsänderung bzw. Auflösung der Gemeinschaft dürfen nicht als Dringlichkeitsanträge behandelt werden.

Die Rechte der Mitgliederversammlung werden durch Beschlussfassung der anwesenden Mitglieder ausgeübt.

Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden, wenn die Satzungsbestimmungen nichts anderes vorschreiben, mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.

Zur Gültigkeit eines Beschlusses über die Ergänzung oder Änderung der Satzung ist eine Stimmenmehrheit von zwei Drittel der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder erforderlich. Die Satzungsbestimmungen des Bezirksverbandes sowie des Landesverbandes sind hierbei zu beachten.

Beschlüsse über die Auflösung der Gemeinschaft bedürfen einer Stimmenmehrheit von zwei Drittel der anwesenden Mitglieder. Die Auflösung der Gemeinschaft kann nur durch eine zu diesem Zweck einberufene Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Der 1. und 2. Vorsitzende sind stets in geheimer Wahl zu wählen. In allen anderen Angelegenheiten erfolgt die Abstimmung nach Ermessen des Wahlvorstandes, sofern von den anwesenden Mitgliedern kein bestimmter Abstimmungsmodus beantragt und beschlossen wird.

Als gewählt gilt, wer die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt.
Stimmenthaltungen werden nicht gezählt.

In allen anderen Fällen erfolgt die Abstimmung nach Ermessen des Vorsitzenden, sofern von den Mitgliedern kein bestimmter Abstimmungsmodus beantragt und beschlossen wird.

§ 12 Beurkundung

Über die Mitgliederversammlung, sowie die Sitzungen der Vereinsorgane, ist stets eine Niederschrift zu fertigen und vom Protokollführer, sowie vom Vorsitzenden, zu unterzeichnen.

§ 13 Rechenschaftsbericht

Am Ende des Geschäftsjahres hat die Vorstandschaft einen Rechenschafts- sowie Kassenbericht zu erstellen und der Mitgliederversammlung vorzulegen.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 14 Kassenprüfung

Die Kassen- und Buchführung ist mindestens einmal jährlich durch zwei, von der Mitgliederversammlung gewählte Kassenprüfer, einer genauen Prüfung zu unterziehen. Die Mitglieder des Vorstandes haben den Kassenprüfern jede notwendige Auskunft zu erteilen.

Über die vorgenommenen Prüfungen sind Niederschriften zu fertigen, die spätestens vor der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung in geeigneter Weise bekanntzumachen sind.

Die Kassenprüfer können nicht gleichzeitig Mitglieder der Vorstandschaft sein.

§ 15 Auflösung

Die Mitgliedschaft endet allgemein mit der Auflösung des Landesverbandes. Die Auflösung des Bezirksverbandes ersetzt, falls sich der Beschluss hierauf bezieht, nur die mittelbare durch die unmittelbare Mitgliedschaft zum Landesverband, ohne sie zu der nächst höheren Gliederung fortgesetzt werden. Es gelten dann die hierfür gültigen satzungsrechtlichen Bestimmungen. Das Gleiche gilt für die Gemeinschaft. Die Auflösung der Gemeinschaft ist nicht gleichbedeutend mit der vollzogenen Kündigung all ihrer Mitglieder. Die Mitgliedschaft kann bei der nächst höheren Gliederung fortgesetzt werden. Es gelten dann die hierfür gültigen satzungsrechtlichen Bestimmungen.

§ 16 Übertragung des Vermögens

Bei Auflösung oder Aufhebung der Siedlergemeinschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen an den Verband Wohneigentum Bezirksverband Oberpfalz e.V. der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, fällt das Vermögen an eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung und den Erhalt des familiengerechten Wohnens.

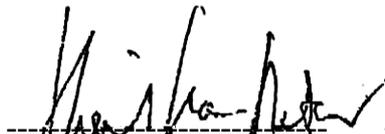
§ 17 Schlussbestimmung

Teil 1 der Satzung des Verbandes Wohneigentum – Landesverband Bayern e.V., ist dieser Satzung voranzustellen und zu beachten.
Ebenso zu beachten sind die Satzungsbestimmung des Verbandes Wohneigentum, Bezirksverband Oberpfalz e.V., soweit sie in die Belange der Mitglieder bzw. der Siedlergemeinschaft betreffen.

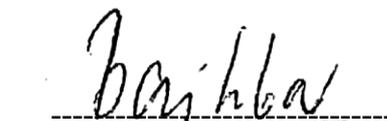
§ 18 Inkrafttreten

Die Satzung wurde beschlossen in der Mitgliederversammlung am 24.03.2017.
Sie tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.

Schwarzenfeld, den 24.03.2017



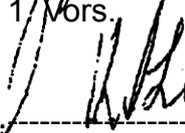
1. Vors.



2. Vors.



Kassier



Schriftführer

- § 1 Name und Sitz**
- § 2 Gemeinnützigkeit**
- § 3 Vergütungen für die Vereinstätigkeit**
- § 4 Zwecke und deren Verwirklichung**
- § 5 Mitgliedschaft**
- § 6 Fördernde Mitgliedschaft**
- § 7 Austritt, Tod, Ausschluss**
- § 8 Organe der Gemeinschaft sind**
- § 9 Vorstandschaft**
- § 10 Vereinsausschuss**
- § 11 Mitgliederversammlung**
- § 12 Beurkundung**
- § 13 Rechenschaftsbericht**
- § 14 Revision**
- § 15 Auflösung**
- § 16 Übertragung des Vermögens**
- § 17 Schlussbestimmung**
- § 18 Inkrafttreten**